



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP und den Abgeordneten des SSW

zu „Perspektiven für die maritime Wirtschaft entwickeln, schnellere Vergabe von öffentlichen Aufträgen für den Schiffbau“ (Drs. 19/2848)

Maritime Wirtschaft in der Krise stärken und weiter perspektivisch entwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Herausforderungen der Corona-Pandemie treffen branchenübergreifend die Unternehmen und ihre Beschäftigten schwer. Dies betrifft auch die maritime Wirtschaft, die als forschungsstarke und innovative Branche eine besondere Bedeutung für Schleswig-Holstein hat und teils noch unter den Auswirkungen der Schifffahrtskrise leidet. Der Landtag bekräftigt seine Beschlüsse vom 18. Juni 2020 und 28. Oktober 2020 zur Stärkung der schleswig-holsteinischen Schiffbauindustrie daher mit aller Deutlichkeit.

Ebenso begrüßt der Landtag, dass sich ein breites Bündnis aus der schleswig-holsteinischen maritimen Branche für die Beschleunigung der öffentlichen Auftragsvergabe einsetzt, um die Arbeitsplätze und Standorte zu sichern. Der Landtag unterstützt diese Bemühungen und betont die Notwendigkeit beschleunigter und bürokratieärmerer Vergabeverfahren, bei denen neben dem Preis auch andere Entscheidungskriterien wie technische Konzeption, Referenzen, Instandhaltungskosten, in Deutschland geltende Entgelt- und Arbeitsschutzregelungen und der regionale Wertschöpfungsanteil stärker berücksichtigt werden können. Hierdurch könnten auch lokal ansässige Unternehmen besser an öffentlichen Aufträgen teilhaben, sodass Technologiekompetenz erhalten und eine schnellere Instandsetzung von Schiffen und Infrastruktur gewährleistet werden könnten.

Der Landtag unterstützt die Forderungen der lokalen Politik, der Industrie- und Handelskammern, Unternehmensverbände, Gewerkschaften und Kommunen zur Beschleunigung der öffentlichen Auftragsvergabe im maritimen Bereich und zur

Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten. In diesem Zuge betont der Landtag neben der Unterstützung der lokalen Unternehmen auch die Bedeutung der Wiederinbetriebnahme des Marine-Arsenals in der Landeshauptstadt Kiel. Diesen Schritt sieht der Landtag als ein wichtiges Bekenntnis zur Vorhaltung starker lokaler Infrastruktur.

Der Landtag betont, dass neben den Behörden und Institutionen des Bundes und des Landes auch die Kommunen und kommunalen Unternehmen weiter für eine Stärkung der lokalen Wertstandorte beitragen sollten. Hier könnten weitere Vergabekriterien neben dem reinen Beschaffungspreis angewendet werden, damit der Komplexität moderner Konstruktionen angemessen begegnet werden kann.

Die aktuellen Havarien in den Schleusenkammern des Nord-Ostsee-Kanals verdeutlichen zudem, dass zügige Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen auch für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur eine wichtige Rolle spielen können. Der Landtag verweist daher auf seinen Beschluss vom 11. Dezember 2020 und bittet die Landesregierung, sich weiterhin so engagiert auf Bundesebene für die zügige Instandsetzung aller beschädigten Schleusentore und das Vorhalten von Ersatztoren in ausreichender Zahl einzusetzen. Der Landtag appelliert zudem an die Bundesregierung, diese dringend notwendigen Maßnahmen zügig umzusetzen.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Serpil Midyatli
und Fraktion

Joschka Knuth
und Fraktion

Kay Richert
und Fraktion

Christian Dirschauer
und die Abgeordneten des SSW